

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

Anstieg der HIV-Neuinfektionen und sexuell übertragbaren Krankheiten stoppen – gezielt in Prävention investieren!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus von Berlin einen Bericht über die Weiterentwicklung der HIV-/AIDS-Präventionsstrategie und die Erarbeitung eines „Rahmenkonzepts für die HIV-/AIDS-Prävention“ vorzulegen. In diesen Bericht sollen die Ergebnisse der Evaluation des Handlungsfeldes HIV/AIDS im Integrierten Gesundheitsvertrag (IGV) einfließen.

Das Konzept soll folgende Punkte enthalten:

- **Neue umfassende Präventionsstrategien entwickeln:** Die bestehenden Präventionsstrategien sind auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und unter Einbeziehung des Diversity-Ansatzes kultursensible Konzepte für die spezifischen Zielgruppen junger Homo- und Bisexueller sowie für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Dabei sind insbesondere die Veränderungen der Übertragungswege und die Zunahme von Begleiterkrankungen zu berücksichtigen.
- **Überprüfung der Versorgungsstruktur für HIV-Infizierte bzw. AIDS-Erkrankte:** Der Senat soll in seinem Konzept auch die Qualität der Versorgungsstruktur für HIV-Erkrankte bzw. AIDS-Erkrankte durch die unterschiedlichen freien Träger, Organisationen, Ärzte, Krankenkassen und Verbände sowie deren Zusammenarbeit überprüfen und ggfs. notwendige Änderungsvorschläge machen. Dies schließt die Evaluation der jetzigen Trägerstruktur des IGV-Handlungsfeldes HIV/AIDS ein.
- Bei der Erstellung dieses Berichtes ist durch den Senat auf eine **Einbeziehung der in der AIDS-Hilfe engagierten Organisationen und Träger, der Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung sowie der in Berlin vertretenen Krankenkassen** zu achten. Die Positionen dieser Institutionen sind im Bericht kenntlich zu machen.
- Im Rahmen des Berichtes soll geprüft werden, ob es **Möglichkeiten zur neuen finanziellen Schwerpunktsetzung** gibt, die im ab 2010 geltenden Integrierten Gesundheitsvertrag (IGV) zur Stärkung der HIV/AIDS-Prävention beiträgt.
- Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, gemeinsam mit den Sozialpartnern geeignete **Maßnahmen** zu entwickeln, **die der Stigmatisierung**

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

rung von HIV-Infizierten und AIDS-Erkrankten insbesondere in der Arbeitswelt entgegenwirken können.

- **Altersgerechte Kommunikationslösungen zur Aufklärung:** Um Kinder und Jugendliche gezielt zu erreichen, bedarf es internetbasierter Kommunikationskanäle. Hier kommt es insbesondere auf die hierfür typische Anonymität an.

Der Bericht soll dem Abgeordnetenhaus bis spätestens 31.5.2009 vorgelegt werden.

Begründung:

In Berlin hat sich im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Zahl der Neuansteckungen mit dem HI-Virus im Zeitraum 2001 bis 2008 verdoppelt. Auch andere sexuell übertragbare Krankheiten sind in den letzten Jahren in Berlin sprunghaft angestiegen. Beunruhigend ist hierbei auch, dass sich die Zahl der Syphilis-Neuinfektionen sogar mehr als verzweifacht hat, wobei 92% dieser Neuinfektionen bei Männern auftreten. Das hat entsprechende Auswirkungen auf die HIV-Verbreitung (Robert-Koch-Institut, <http://www3.rki.de/SurvStat/> Stand: 1.9.2008).

In den letzten Jahren hat das HI-Virus durch verbesserte medikamentöse Behandlungen sein „Schreckgesicht“ verloren. Eine gewisse Präventionsmüdigkeit setzte ein, aber trotzdem bleibt die Erkrankung unheilbar. Der Verlauf kann zwar verzögert bzw. beeinflusst werden, aber der Erkrankte bleibt infiziert und stirbt früher oder später an diesen Folgen.

Es haben sich zunehmend auch Syphilisinfektionen enorm ausgebreitet. Die Zahl von Patienten mit einer kombinierten Syphilis- und HIV-Infektion ist in den letzten Jahren extrem gestiegen und bleibt laut RKI auf hohem Niveau. Das ist besonders kritisch, denn Syphiliserkrankte können sich zum einen leichter mit dem HI-Virus anstecken, und zum anderen sind sie selbst auch infektiöser.

Insgesamt ist eine Zunahme bei sexuell übertragbarer Krankheiten (Sexually Transmitted Diseases, STD) zu verzeichnen. Nach zunächst rückläufiger Kondomnutzung (laut BzGA in den Jahren 2000 bis 2004) ist seit 2007 wieder ein leichter Anstieg im Schutzverhalten zu beobachten. Hier muss die Präventionskampagne ansetzen und eine Bewusstseinsänderung bei den verschiedenen Zielgruppen erzielt werden: Sexuell verantwortliches Handeln muss wieder positiv besetzt werden.

Trotz diverser Aufklärungskampagnen bleibt die Information und Beratung von speziellen Risikogruppen unzureichend. Strategien und Kampagnen müssen zunehmend regionale und soziale Besonderheiten integrieren. Zum einen müssen Berliner Kieze mit ihren spezifischen Bewohnerrepertoires berücksichtigt werden, zum anderen wird eine zielgruppenspezifische Aufklärung dringend erforderlich, die besonders bei homosexuellen Jugendlichen ansetzt, da homosexuelle Männer bei weitem den größten Teil der Neuinfektionen ausmachen. Aber auch die Tatsache der zunehmenden Neuinfektionen bei heterosexuellen Jugendlichen bestätigt die Notwendigkeit einer spezifischen Aufklärung auch für diese Zielgruppe.

Prävention setzt besonders bei jungen Menschen an. Um diese adäquat zu erreichen, müssen alternative Kommunikationswege gefunden werden. Bekannte Anlaufstellen wie bspw. die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) wie auch Landesinstitutionen müssten online-basierte Diskussionsforen anbieten, in den Jugendliche anonym Fragen zu Sexualität und sexuell übertragbaren Krankheiten stellen können oder Ansprechpartner/Anlaufstellen in ihrer Umgebung benannt bekommen. Auch müssen in diesem Zusammenhang die Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie die Anlaufstellen der Freien Träger bekannter gemacht werden, um hier den Zugang der betroffenen Zielgruppen zu erleichtern. Die Hürden, sich über eine mögliche Infektion und deren Folgen zu informieren, müssen so gering wie möglich gehalten werden. Es müssen auch die Menschen erreicht

werden, die mit einer Erkrankung oder Angst über eine Infektion im Verborgenen leben, denn es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer bei den Neuinfektionen viel höher liegt, als derzeit offizielle Zahlen belegen.

Der Ansatz, die freien Träger wie den LaBAS in den IGV zu integrieren, bedarf einer Überprüfung. Seit geraumer Zeit zeigen sich Kommunikationsprobleme zwischen den freien Trägern und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPW), unter dessen organisatorischen Mantel sich die Träger befinden. Durch interne Konflikte insbesondere um Mittelfreigabe ist eine zügige Reaktion auf veränderte Problemlagen (z. B. mehr Mittel zur Aufklärung der Zielgruppe der jungen homosexuellen Männer) nicht möglich.

Dank verbesserter Behandlung von Erkrankten kann die Lebensdauer verlängert werden. HIV-Infizierte und AIDS-Erkrankte können am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsprozess weiter teilnehmen. Das macht Programme und Pilotprojekte sowie gezielte Aufklärung notwendig, die alle damit auftretenden Probleme beleuchten und Antworten auf Fragen wie Anonymität, Angst vor Ansteckung, sozialer Umgang, Belastbarkeit etc. finden, aber gleichzeitig müssen diese Projekte auch darauf zielen, dass eine beim Arbeitgeber bzw. am Arbeitsplatz bekannt gewordene HIV-Infektion nicht zum Ausschluss aus der aktiven Arbeitswelt führt.

Die Prävention von HIV-Infektionen ist von zentraler Bedeutung, da dadurch Krankheit, vorzeitiger Tod und die sozialen Auswirkungen der HIV-Epidemie verhindert werden können. Die Bedeutung von Prävention wird durch die Einsicht verstärkt, dass auch nach jahrelanger Forschung keine Heilung für die Infektion existiert. Investition in Prävention ist also eine Investition in die Zukunft.

Berlin, 19. November 2008

Müller Winde
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Dr. Albers
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion